

Stellungnahme

Die Wuppertaler Grünen legen sich auf die Knaststadt Wuppertal fest!

„Die bündnisgrüne Ratsfraktion akzeptiert Wuppertal als Standort für eine moderne forensische Klinik. ... Daher stehen wir auch in Wuppertal in der Verantwortung, einen angemessenen Standort ... auch zur Verfügung zu stellen. ... Daher macht es keinen Sinn, hier die Auseinandersetzung mit der Landesregierung zu suchen, um die Ansiedlung in Wuppertal zu verhindern.“¹

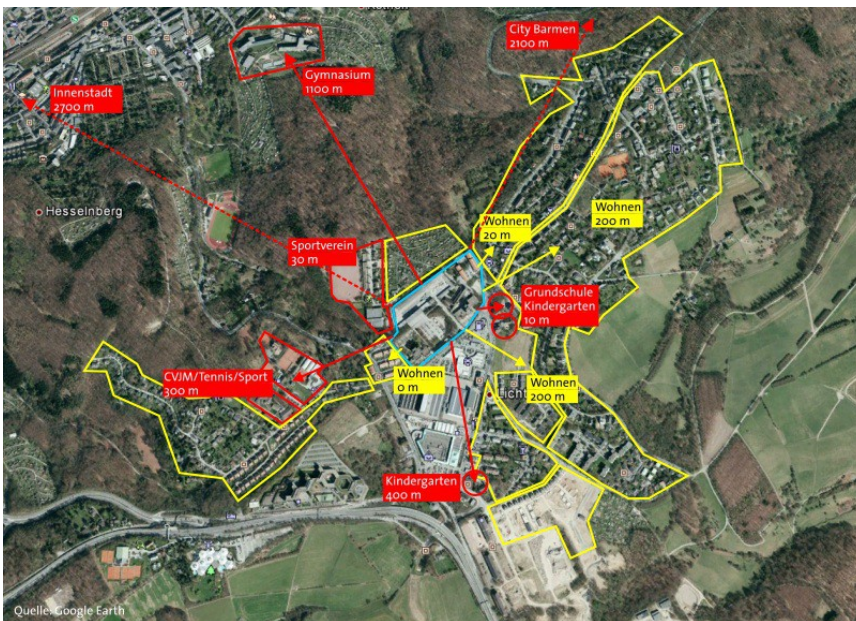
Die Grünen veröffentlichten am 9.11.2012 eine Stellungnahme zu den Forensik-Plänen in Wuppertal. Die Bürgerinitiative Keine Forensik auf Lichtscheid kommentiert diese Stellungnahme des Wuppertaler Fraktionsvorsitzenden der Grünen Peter Vorsteher wie folgt:

1. Die Grünen legen sich klar auf den Standort Lichtscheid fest.

„Wir erwarten, dass bei der Suche nach einem geeigneten Standort ausschließlich die gemeinsam verabschiedeten Kriterien des Landes NRW für Forensik-Standorte zugrunde gelegt werden. Nach unserer Lesart dürfte demnach die Kleine Höhe als geeigneter Standort nicht infrage kommen.“² Mit der Forderung, dass Wuppertal ein Grundstück für die Forensik zur Verfügung zu stellen habe und diesem einseitigen Ausschluss der Kleinen Höhe „aus Tradition“ legen die Grünen sich auf den Standort Lichtscheid fest. Dabei liegt den Grünen nach eigenen Aussagen auch nur eine zweiseitige Übersicht über die Kriterien vor, dieselbe, die auch wir haben. Da lässt sich für die Kleine Höhe nichts, aber auch gar nichts ableiten, für Lichtscheid auch wenig – deshalb muss Ministerin Steffens ja endlich ihre Unterlagen offenlegen!

In der Stellungnahme gibt es *keinerlei Hinweise, dass die Grünen einen dritten, weniger ungeeigneten Standort vorschlagen wollen*. Und das obwohl das Ministerium die Prüfung weiterer Standorte zugesagt hat, wenn sie *jetzt* vorgeschlagen werden³.

Der völlig ungeeignete Standort Lichtscheid ist den Grünen in ihrer Stellungnahme nicht einmal eine einzige Erwähnung wert. Das ist umso unglaublicher, als dass die Grüne Stadtverordnete Ilona Schäfer ihren Wahlbezirk auf Lichtscheid hat und gleichzeitig die Partei in der Frage des Forensik-Standortes vertritt. Offenbar sind die



1 GRÜNE: Forensik-Planung erfordert Besonnenheit und Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten; Quelle: <http://www.njuuz.de/beitrag18258.html>, 9.11.2012

2 a.a.O

3 vgl. WZ vom 10.11.2012

Grünen nicht bereit, ein weniger besiedeltes Grundstück für die Forensik zu „opfern“ und so einen Mindestabstand zur Wohnbebauung einzuhalten. Lieber ist ihnen ein scheinbar ein „Lückenschluss“ im engsten Wortsinne: Rund 50 Einfamilienhäuser unmittelbar am Zaun, eine Grundschule und mehrere Kindergärten auf der anderen Straßenseite, unmittelbar gegenüber dem Haupteingang und Hunderte von Wohnhäusern im engsten Umkreis.

Die Bürgerinitiative Keine Forensik auf Lichtscheid verurteilt diese Untätigkeit der Grünen im Hinblick auf den völlig ungeeigneten Standort Lichtscheid auf das Schärfste. Die Grünen und auch Frau Schäfer scheinen vergessen zu haben, wofür sie gewählt wurden: Für die Interessen der Stadt und sogar des Bezirks⁴! Wir werden die Grünen daran erinnern müssen.

Wir fordern von den Wuppertaler Grünen, sich bei der Ministerin dafür einzusetzen, dass im Landgerichtsbezirk Wuppertal in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung aller Kommunen und der Bürger ein geeigneter Standort gefunden wird. Um diesen „Dritten Weg“ zu ermöglichen, muss Frau Ministerin Steffens den völlig ungeeigneten Standort an der Müngstener Straße ausschließen und darf hier keine Fakten schaffen!

Wir fordern die Grünen auf, selbst auch kurzfristig Standorte in Zusammenarbeit mit Grünen im Landgerichtsbezirk vorzuschlagen.

2. Die Vorschnelle und unnötige Einengung auf Wuppertal erschwert bzw. verhindert die Suche nach einem wirklich geeigneten Standort.

Die Ratsfraktion der Wuppertaler Grünen „akzeptiert Wuppertal als Standort für eine moderne forensische Klinik.“ und ist der Meinung: „In NRW gibt es keine ausreichenden Plätze im Maßregelvollzug. Daher stehen wir auch in Wuppertal in der Verantwortung, einen angemessenen Standort ... auch zur Verfügung zu stellen.“ Damit lassen die Wuppertaler Grünen von vorneherein einen wichtigen Grundsatz des MGEPA NRW⁵ außer Acht: Die **regionale Verteilungsgerechtigkeit**. Frau Ministerin Steffens selbst schreibt am 20.9.2011 an die Oberbürgermeister von 125 Kommunen der betroffenen Landgerichtsbezirke: „Wie im Ausbauprogramm des Jahres 2000 soll daher die regionale Verteilungsgerechtigkeit entscheidendes Kriterium für die Suche und Festlegung neuer forensischer Standorte sein.“⁶

Interessant vor diesem Hintergrund ist auch die Zusicherung des Ministeriums im Schreiben an die Oberbürgermeister: „Besteht beispielsweise in einer Stadt oder Gemeinde oder in ihrer Nähe bereits eine forensische Einrichtung, würde dies eine weitere Klinik zwar formal noch nicht ausschließen, es bedürfte aber dafür schon sehr gewichtiger anderer Gründe.“⁷ Am Standort Lichtscheid gibt es im Umkreis von deutlich unter 10 Kilometern die Einrichtung Stiftung Tannenhof mit geschlossener Abteilung, die ebenfalls Suchtkranke behandelt sowie zwei Justizvollzugsanstalten (Scharpenacken und Lüttringhausen). In Wuppertal Vohwinkel gibt es eine weitere JVA, die sogar in Kürze noch ausgebaut werden soll. Innerhalb des Landgerichtsbezirks gibt es keine Kommune, die einen so hohen Anteil an Strafvollzugsplätzen schultert wie Wuppertal und insbesondere der Bezirk Lichtscheid. Wuppertal trägt seinen Anteil an der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bereits. Nach dieser Vorgabe des Ministeriums kommt Wuppertal nicht mehr in Frage. Es mag sein, dass ein Maßregelvollzug rein rechtlich keine JVA ist, de facto besteht zwischen der „Klinik“, die hier zur Diskussion steht und einer JVA kein Unterschied.

Aber setzen die Grünen mit der Verengung auf Wuppertal nicht nur ohnehin feststehende Aussagen des Ministeriums oder gar der Landesregierung um? Nein, keineswegs! Zum Einen ist die Ministerin selbst Grüne, die Grünen haben hier die „Entscheidungshoheit“. Zum Zweiten müssen die Wuppertaler Grünen sich auch offen gegen ihre Ministerin stellen, wenn es um die Interessen der Stadt geht. Zum Dritten nimmt das diese Verengung gar nicht vor: „Wuppertal sei einer der letzten

4 Das Ergebnis der Grünen im Bezirk war ziemlich hoch ...

5 MGEPA NRW: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW, Ministerin: Barbara Steffens

6 Schreiben „Neue Plätze für den Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen“ an die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte und Gemeinden in fünf Landgerichtsbezirken vom 20.9.2011, Der Brief liegt uns vor.

7 a.a.O.

fünf Landgerichtsbezirke in NRW ohne forensische Klinik – daher müsse im Bezirk nun bis spätestens 2020 eine gebaut werden.“, wird der Sprecher des NRW-Gesundheitsministeriums, Christoph Meinerz, in der WZ zitiert.⁸ Das bestreitet niemand. Es taugt aber nicht dazu, dass die Wuppertaler Grünen sich hinter dem Ministerium verstecken: „Im Bezirk“ ist eben nicht unbedingt gleichbedeutend mit „in Wuppertal“! Auch in der WZ vom 10.11.2012 ist erneut zu lesen, dass das Ministerium für weitere Standortvorschläge offen ist. Das scheinen die Grünen nicht verstanden zu haben. Wir werden es ihnen sagen müssen!

Während die Grünen der Stadt Wuppertal und uns Bürgern einseitig die Bürde der Forensik zuschieben wollen, billigen sie den anderen Kommunen die St.-Florians-Rolle zu: „Wir halten es ebenso für unabdingbar, dass bei der Prüfung von Standorten die Nachbarstädte und deren EinwohnerInnen einbezogen werden, sofern der Standort nahe der Stadtgrenze liegt.“⁹ Wir sollten es nicht zulassen, dass Wuppertal alleine in die Verantwortung genommen wird. Die Wuppertaler Grünen scheinen sich mehr für die Rechte anderer Kommunen einzusetzen, als für die Stadt, für deren Interessen sie gewählt wurden. Grüne an anderen Standorten stellen sich dagegen vor ihre Stadt¹⁰.

Herr Vorsteher behauptet: „Gleichzeitig werden von den Bürgerinnen und Bürgern immer schärfere Überprüfungen der Therapieergebnisse gefordert, so dass die Verweildauer in den Kliniken deutlich zunimmt.“¹¹ In der Realität sind aber keineswegs überbesorgte Bürger für die längere Verweildauer verantwortlich, sondern der geringe Erfolg der Therapie (s. Punkt 3.) und die Vorgaben der Gerichte. Das Ministerium stellt dazu fest: „Die Zahl der Fälle, in denen die Anforderungen der Gerichte an sichere Entlassungen erfüllt werden können, bleibt deutlich hinter den Neuzugängen zurück.“¹² Die Verlängerung der Haftzeiten resultiert also aus der Gefährlichkeit der psychisch kranken Straftäter.

Wir fordern von den Grünen, dass sie die regionale Verteilungsgerechtigkeit als zentrales Kriterium der Ministerin Steffens ernst nehmen und ihrer Ministerin die Lage in Wuppertal und auf Lichtscheid im Besonderen erklären und sich öffentlich der Meinung anschließen, dass Lichtscheid schon von daher ungeeignet und Wuppertal insgesamt weniger gefordert ist als andere Kommunen des Landgerichtsbezirks.

Wir fordern von den Wuppertaler Grünen, dass sie auch von den anderen Kommunen und den Grünen dort eine Übernahme ihrer Verantwortung verlangen. Es muss einen „Runden Tisch“ aller Kommunen im Landgerichtsbezirk geben, um einen geeigneten Standort im LGB zu finden, der die regionale Verteilungsgerechtigkeit wirklich umsetzt.

Wir fordern auch, dass die Grünen es unterlassen, die berechtigten Argumente der Bürger als Ursache für eine – evtl. noch unnötige? – Verlängerung von Haftzeiten für solche Straftäter darzustellen.

3. Die Grünen verharmlosen die Risiken und verschweigen die Fakten, es geht um ein Gefängnis für hochgefährliche, psychisch kranke Straftäter.

Mit der Formulierung „moderne forensische Klinik“ erweckt Herr Vorsteher den Eindruck, es handle sich um eine Einrichtung des Gesundheitswesens. Das lässt leicht vergessen, dass es hier in der Realität hauptsächlich um ein Gefängnis für die gefährlichste Kategorie von Straftätern geht, die unsere Gesellschaft kennt. Nach Zahlen des Ministeriums ist mit 39 Gewalttätern (Körperverletzung 26 %), 30 Sexualtätern (Sexualdelikte 20 %), 24 Totschlägern bzw. Mördern (Tötung 16 %) und 10 Brandstiftern (Brandstiftung 7 %) zu rechnen, 2/3 der Insassen sind also für Anwohner als gefährlich einzustufen¹³. Es geht daher im Wesentlichen z.B. nicht um psychisch Kranke oder Suchtkranke, die z.B. durch Drogenbesitz straffällig sind,

8 Quelle: <http://www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/forensik-das-sind-die-fakten-1.1147428>, 9.11.2012

9 GRÜNE: Forensik-Planung erfordert ...

10 vgl. z.B. <http://www.rundschau-online.de/oberberg/forensik-anstalt-reichshof-gruene-wollen-mit-steffens-reden,15185498,20775844.html>, 10.11.2012

11 GRÜNE: Forensik-Planung erfordert ...

12 Schreiben „Neue Plätze für den Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen“ an die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte und Gemeinden in fünf Landgerichtsbezirken vom 20.9.2011; Hervorhebung durch uns

sondern um Schwermkriminelle¹⁴. Es ist erfreulich, dass die Zahl der Ausbrüche und auf die Flucht beim Freigang („Lockerung“) (insgesamt verharmlosend „Entweichungen“) seit 1990 um 80% zurückging. Das erkennen wir an. Wir wissen auch, dass „nur“ 10% der „Entweicher“ Ausbrecher sind und 90% beim Freigang „verschwinden“. Wir wissen, dass von den fünf Entweichern pro Jahr (Forensik Langenfeld) zwei von selbst zurückkommen, einer sogar am selben Tag¹⁵. Allein: Solche Statistiken bilden nicht ab, das es sich um Einzelschicksale handelt, wenn Menschen im „seltenen Fall“ mit rückfälligen „Entweichern“ zu tun bekommen.

Es ist unbestritten, dass psychisch kranke Straftäter untergebracht und auch therapiert werden müssen, es geht auch um Therapie. Auch dass dies im Landgerichtsbezirk geschehen muss, ist einzusehen. Allerdings muss und darf das nicht direkt im Wohnquartier gegenüber einer Grundschule und zwei Kindergärten geschehen. Man hat in Wuppertal das alte Gefängnis abgerissen und nach Simonshöfchen verlegt, weil man keine Gefängnisse mehr mitten in der Stadt haben wollte. Und das aus gutem Grund. Vor allem wird die Therapie nicht besser, wenn die psychisch kranken Straftäter aus dem Fenster auf einen Schulhof gucken.

Der Erfolg der Therapie ist leider überhaupt mäßig: Die Rückfallquote der aus der Forensik entlassenen, bereits therapierten Straftäter ist mit fast 24 % ernsthafter Rückfälle (7,5 % Gewalt und Sexualdelikte) in den ersten zwei Jahren keineswegs vernachlässigbar.¹⁶ Und das, obwohl „Patienten des Maßregelvollzugs erst dann mit Entlassung rechnen [können], wenn Gutachter ihnen bestätigen, dass sie nicht mehr gefährlich sind.“¹⁷ Die Fehlerquote dieser Gutachten ist also beträchtlich. Inwieweit solche Fehlerquoten der Einschätzung der Gefährlichkeit auch auf die Freigänger („Lockerung“) übertragen werden müssen, kann nur vermutet werden. Vor diesem Hintergrund muss eine längere Therapiedauer eher als hilflose Maßnahme gesehen werden.

Angesichts der hier zitierten Zahlen ist die Meinung „Das heißt aber auch, dass die Stadt Wuppertal und ihr Oberbürgermeister nicht Angst und Misstrauen schüren dürfen, sondern sich konstruktiv und sachlich an der öffentlichen Debatte beteiligen.“¹⁸ für die BI Keine Forensik auf Lichtscheid völlig unverständlich.

Wir fordern von den Wuppertaler Grünen, dass sie unsachliche Verharmlosungen unterlassen und die Fakten auf der Basis der Zahlen des Ministeriums klar benennen und zur Aufklärung statt zur Verharmlosung beitragen. In der Atomdebatte würden die Grünen ein solches Kleinreden des Restrisikos niemals akzeptieren – ebenso wenig ein Restrisiko von fast 24 %. Auch für die Forensik gilt: Das Risiko lässt sich nicht wegdiskutieren. Es gibt keine Garantie. Und: Auch der unwahrscheinliche Fall ist real möglich! (Wobei die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos bei der Forensik um ein Vielfaches über dem der Atomtechnik liegt.)

Wir fordern auch, dass die Grünen der Stadt und dem Oberbürgermeister keine Panikmache unterstellen, davon kann überhaupt keine Rede sein!

4. Es geht nicht vordringlich um Information gegen irrationale Ängste, gegen den Standort Lichtscheid gibt es rationale Argumente.

Die Grüne Fraktion lässt sich vor den Karren des Ministeriums spannen, wenn sie meint „Das Gesundheitsministerium und die Stadtverwaltung Wuppertal sind

13 Durchschnittszahlen nach Angaben des MGEPA, Quelle:

<http://www.mgepa.nrw.de/ministerium/presse/pressemitteilungsarchiv/pm2012/pm20121023a/index.php>, 9.11.12

14 Anteil der wegen Verstoß gegen das Betäubungsmitteln inhaftierten Straftäter in forensischen Kliniken: lediglich 7%, a.a.O.

15 Zahlen nach: MGEPA: Hintergrundinformation Maßregelvollzug v. 20.9.2011, S. 10 und Interview mit der Chefärztin der Forensik Langenfeld in der WZ: <http://www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/forensik-angst-aus-unkenntnis-1.1148307>, 10.11.2012

16 Quelle: Angaben des Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug, <http://www.massregelvollzug.nrw.de/behandlung/wieErfolgreichBehandlung/index.html>, 9.11.12 und MGEPA: Hintergrundinformation Maßregelvollzug v. 20.9.2011, S. 12; Dass diese Quote unter der im „normalen“ Strafvollzug liegt, kann wohl kaum zur Beruhigung beitragen.

17 a.a.O.

18 GRÜNE: Forensik-Planung erfordert ...

*aufgefordert, gemeinsam umfassend und transparent über das Thema Forensik zu informieren. Dabei ist zwingend darauf zu achten, dass dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung getragen wird.*¹⁹ Auch Frau Steffens setzt auf „Information“.

Die Sicherheit der Bevölkerung, insbesondere der Kinder, gewährleistet man aber nicht durch Worte, sondern durch Taten. Dazu gehört, dass man eine solche Einrichtung nicht neben eine Schule, mehrere Kindergärten und Kindertagesstätten, den CVJM (Jugendfreizeiten, Stadtranderholung,...), den Polizeisportverein (in dem viele Kinder trainieren), zwei Kleinkinderschwimmschulen, in fußläufiger Entfernung des Gymnasiums Kothen und die Wuppertaler Jugendherberge und in eine fast ausschließlich von jungen Familien bewohnte Reihenhausssiedlung setzt, sondern z.B. einen Mindestabstand zu solchen gefährdeten Bevölkerungsteilen und deren Wohnungen einhält.

Niemand möchte an der Mauer einer solchen Einrichtung wohnen – vermutlich auch Herr Vorsteher nicht. Und das nicht aus irrationalen Ängsten, die durch „Information“ zu beheben sind, sondern aus guten und fundierten, ja wissenschaftlich abgesicherten Gründen der Gefährdung, des Wertverlustes der Immobilien, der Beeinträchtigung durch Lärm und Dauerflutlicht und anderen Gründen mehr. Daher ist eine Mindestabstandsregelung, wie sie generell für Bauvorhaben und auch z.B. für vergleichsweise harmlose Windräder gilt, unabdingbar!

*„Die Ängste und Sorgen der Menschen ernst zu nehmen bedeutet nicht, ihre Ängste unnötigerweise zusätzlich anzuheizen, sondern sie schnellstmöglich in den Umsetzungsprozess mit einzubeziehen.“*²⁰ meinen die Grünen. Wir meinen: Es geht nicht um die Umsetzung einer Fehlentscheidung, sondern um die Verhinderung derselben und eine echte Beteiligung der Kommunen des Landgerichtsbezirks nicht an der Umsetzung, sondern zunächst einmal an der der Standortsuche!

Wir fordern von den Wuppertaler Grünen, die Ängste der Menschen nicht als irrational sondern als rational begründet zu akzeptieren. Wir fordern, dass die Grünen sich für eine Mindestabstandsregelung zur Wohnbebauung einsetzen – egal an welchem Standort und am Besten über die Landtagsfraktion und die Landesregierung!

5. Die grüne Ministerin Frau Steffens bleibt verantwortlich für die Planung, die Forensik am völlig ungeeigneten Standort auf Lichtscheid zu bauen. Das Verfahren, in dem der Standort Lichtscheid festgelegt wurde war intransparent, bürgerfern und verstößt gegen den Koalitionsvertrag.

Immer wieder wollen die Grünen Ihre Ministerin aus der Schusslinie bringen und die Verantwortung insbesondere auf Oberbürgermeister Jung oder die Stadt Wuppertal abwälzen. Nach dieser Lesart ist Wuppertal selbst schuld und soll sich jetzt möglichst schnell an die Umsetzung der Weisung der Ministerin Steffens machen. *„Die Entscheidung für neue Forensik-Einrichtungen in NRW kam nicht überraschend. ... Oberbürgermeister Peter Jung lehnte eine entsprechende Anfrage des Ministeriums allerdings kategorisch ab, ... Mit seiner Ablehnung des Standortes Müngstener Straße und dem Vorschlag, die Kleine Höhe als Standort zu prüfen, hat OB Jung nun die Büchse der Pandora geöffnet und die Bevölkerung in gleich zwei Stadtbezirken in Aufregung versetzt.“*²¹

Die Fakten sind andere: Bei aller Kritik am Standort Kleine Höhe hat Herr Oberbürgermeister Jung mit seinem Vorstoß positiv erreicht, dass die Ministerin überhaupt einen Anflug von Gesprächsbereitschaft zeigt. Das war zunächst einmal genau richtig. Es ist außerdem auch gerade wichtig, dass dieses Thema nicht nur das Thema eines einzelnen Stadtteils bleibt und die anderen Stadtteile hübsch ruhig bleiben, sondern dass das ein Thema der ganzen Stadt und des Landgerichtsbezirks wird!

Frau Ministerin Steffens hat das Verfahren der Standortsuche über ein Jahr bewusst unter dem Deckel gehalten. Eine Beteiligung der Bürger soll es nur noch bei der Umsetzung der Weisung geben. Bürger als Erfüllungsgehilfen sind die bittere Realität der „basisdemokratischen“ Grünen. So hat Frau Steffens zwar am 10.10.2011 die Medien über die Standortsuche informiert – das Schreiben liegt uns

19 a.a.O.

20 a.a.O.

21 a.a.O.

vor – betont aber gleich zu Beginn, dass der Brief *„nicht zur Veröffentlichung sondern nur als Hintergrundinformation für Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen gedacht ist, ist mir ein wichtiges Anliegen.“*²²

Nicht Herr Oberbürgermeister Jung hat *„die Büchse der Pandora geöffnet“*, sondern Frau Ministerin Steffens. Sie informierte die betroffenen fünf Kommunen erst am 22.10.2012, als die Entscheidung bereits gefallen war und die Bürgerinnen über die Medien erst am 23.10.2012. Von Anfang an schloss Frau Steffens eine Diskussion über die Standorte aus und musste durch massive Proteste zur Aufweichung dieser Basta-Politik gezwungen werden. Sie verweigert bis heute die Herausgabe der Kriterien ebenso wie die Einsicht in die Ergebnisse der angeblichen Untersuchung alternativer Standorte und wird vermutlich gerichtlich dazu gezwungen werden müssen. Dieses völlig intransparente Verfahren widerspricht nach Angaben des Verwaltungsrechtlers Dieter Wiefelspütz (SPD) auch der Rechtslage. Stadt und Bürger hätten ein Recht auf eine ausführliche und nachvollziehbare Begründung der Entscheidung. Da Steffens diese vorenthalten habe, *„wird man sie auf dem Rechtsweg dazu zwingen können“*, wird Wiefelspütz in den Medien zitiert.²³

Daran kann auch nichts ändern, dass die Ministerin im September 2011 125 Kommunen nach dem Gießkannenprinzip angeschrieben hat. Keine Kommune hat sich damals mit einem Grundstück zu Wort gemeldet. Das ist richtig und nachvollziehbar: Welcher Bürgermeister wird seiner Kommune freiwillig eine solche Einrichtung „an Land ziehen“? Die Grünen wären die ersten gewesen, die Herrn Oberbürgermeister Jung vorgeworfen hätten, sich nicht vor die Stadt zu stellen. Nach dieser nutzlosen Gießkannen-Umfrage hätte die Ministerin einen Runden Tisch aller Kommunen in den betroffenen Landgerichtsbezirken einberufen und ein transparentes Verfahren zur Standortsuche unter echter Beteiligung aller Kommunen beginnen müssen. Stattdessen wurden die Standorte aber im Geheimen ausgekungelt.

Nach unseren Informationen waren dafür zehn Mitarbeiter der Behörde von Herrn Uwe Dönisch-Seidel (Landesbeauftragter für den Maßregelvollzug in NRW) verantwortlich. Diese haben nach dem Kriterienkatalog²⁴ – allerdings nach Medienberichten ohne irgendeine sinnvolle Gewichtung der Kriterien! – zunächst 16 Grundstücke in die engere Wahl genommen. Wiederum vertat das Ministerium von Frau Steffens die Chance, nun mit diesen Kommunen zusammenzuarbeiten oder auch nur Transparenz zu schaffen. Stattdessen wurden hinter verschlossenen Türen fünf Standorte „endgültig“ festgelegt. Am 22.10.2011 soll dann ein Fahrer mit den Akten zu den Fachministerien gefahren sein. Das MGEPA mit Frau Ministerin Steffens unterzeichnete nach unseren Informationen noch am selben Tag (eingehende Prüfung??) die Standortfestlegung. Am Abend wurde dann Oberbürgermeister Jung erstmals informiert, die Bürger am darauffolgenden Tag.

Im Falle von Wuppertal ist bisher nur ein einziges Kriterium bekannt geworden, dass zur Festlegung auf Lichtscheid führte: Die Tatsache, dass es sich um ein Landesgrundstück handelt, auf dem Frau Ministerin Steffens ohne die Kommune zur fragen, die Baumaßnahme durchdrücken kann. Alle anderen Kriterien – insbesondere *die für die dringend benötigte Akzeptanz einer Forensik zentrale Frage nach der Verträglichkeit mit nachbarschaftlichen Interessen*²⁵ hält die Ministerin unter Verschluss.

Wir halten es für jede Regierung für völlig inakzeptabel, im Zusammenhang mit dem Maßregelvollzug so vorzugehen. Eine Grundvoraussetzung für das Gelingen des Maßregelvollzugs ist eine möglichst große Akzeptanz in der Bevölkerung. Statt diese zu schaffen stellt Frau Ministerin Steffens die Kommunen und die Bürger vor vollendete Tatsachen. Wir sollen nur noch informiert werden und die Umsetzung dieser Fehlentscheidungen unterstützen. Das hat mit Beteiligung, Transparenz und Demokratie nichts mehr zu tun. Andere Kommunen beantragen Akteneinsicht und

22 Schreiben der Ministerin Steffens an die lokale Presse der 125 angeschriebenen Kommunen vom 10.10.2011, S. 1; Der Brief liegt uns vor.

23 Quelle: <http://www.derwesten.de/staedte/luenen/forensik-entscheidung-luenen-schwerer-fehler-der-ministerin-id7263753.html>, 10.11.2012

24 Der Kriterienkatalog soll mit den Obleuten der Fraktionen im Sozialausschuss und den Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen erarbeitet worden sein.

25 So steht es im Inhaltsverzeichnis, das uns vorliegt. Die Herausgabe des Gesamtkataloges verweigern Frau Steffens und auch die Grünen.

wollen wissen, welche Standorte noch geprüft wurden und mit welchem Ergebnis. Das muss auch für Wuppertal gelten²⁶.

Die Rot-Grüne Landesregierung behauptet in ihrem Koalitionsvertrag: „Das Markenzeichen unserer nachhaltigen Politik ist das offene Gespräch mit allen Beteiligten. Unsere Stadtentwicklungs- und Wohnpolitik bindet die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes ein. Damit wollen wir Betroffene zu Beteiligten machen und zugleich größere Akzeptanz sowie mehr Planungs- und Investitionssicherheit erreichen.“²⁷ Mit dem Verfahren zur Festlegung der Forensik-Standorte verstößt Frau Ministerin Steffens massiv gegen den Koalitionsvertrag.

Taten sprechen lauter als Worte, Frau Ministerin Steffens!

Wir fordern von den Wuppertaler Grünen einen lauten und effektiven Widerstand gegen das intransparente und völlig bürgerferne Vorgehen der Grünen Ministerin Steffens! Wir fordern auch die Grünen auf, im Stadtrat eine Initiative zu ergreifen, dass die Stadt Wuppertal bei Frau Ministerin Steffens Akteneinsicht bekommt und sie ggf. auch gerichtlich zwingt, die Kriterien, die Ergebnisse der Untersuchungen auch für alle anderen Standorte im Landgerichtsbezirk offenzulegen!

6. Die Kriterien müssen gewichtet werden. Zentraler Punkt ist die Akzeptanz!

Die Grünen „erwarten, dass bei der Suche nach einem geeigneten Standort ausschließlich die gemeinsam verabschiedeten Kriterien des Landes NRW für Forensik-Standorte zugrunde gelegt werden.“²⁸ Wir erwarten, dass diese Kriterien endlich offengelegt werden! Darüber hinaus erwarten wir, dass die Kriterien auch sinnvoll gewichtet werden, was bislang offenbar verweigert wird. Das Ministerium selbst stellt die „regionale Verteilungsgerechtigkeit“ das entscheidende, also wichtigste Kriterium sein. Dazu haben wir uns bereits oben geäußert: Dieses Kriterium schließt Wuppertal und insbesondere den Standort Lichtscheid aus.

Darüber hinaus ist aber gerade für den Maßregelvollzug die Akzeptanz (oder doch zumindest geringstmögliche Ablehnung) durch die Bevölkerung zentral wichtig. Deshalb darf gerade hier nicht mit der Brechstange durchregiert werden! Nochmals: Da niemand direkt an der Mauer einer solchen Einrichtung wohnen möchte und das auch niemandem zuzumuten ist, muss es eine Mindestabstandsregelung zur Wohnbebauung geben! Das Kriterium der „Verträglichkeit nachbarschaftlicher Interessen“ mit den Aspekten „Nähe zur Wohnbebauung, Einrichtungen für besonders schutzbedürftige Personen und Gewerbestandorte“ ist zentral wichtig und muss besonders gewichtet werden. Es geht um Menschen! Nicht nur hinter, sondern auch vor der Mauer!

Wir fordern von den Wuppertaler Grünen eine Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt und sie nicht unter ferner liefen mit reinen bürokratischen Verwaltungsaspekten („Kriterien“) gleich setzt. Wir fordern eine vernünftige Gewichtung der Kriterien und eine Politik für Wuppertal und die Menschen!

7. Die Wuppertaler Grünen sind nur noch an der Umsetzung interessiert.

So fordern sie Herrn Oberbürgermeister Jung auf, einen Termin zu machen, an dem die Ministerin nach Wuppertal kommt. Solche Termine mit Pfeifkonzert und Hunderten Bürgern mit einer durchschnittlichen Redezeit von wenigen Sekunden bringen nach unserer Einschätzung wenig. Vor allem dienten diese Termine an anderen Standorten bisher lediglich dazu, den Standort endgültig zu zementieren. Das darf in Wuppertal aber nicht passieren. Stattdessen muss die Ministerin Steffens sich mit den Oberbürgermeistern aller Kommunen im Landgerichtsbezirk zusammensetzen (Runder Tisch) und überhaupt erst einmal eine vernünftige Standortsuche im Landgerichtsbezirk beginnen. Diesen Weg müssen die Grünen aus unserer Sicht unterstützen.

Ebenso geht es nicht darum, jetzt schnell einen Planungsbeirat zu gründen. Den sollte es erst geben, wenn es an die Planung geht, also erst nach der jetzt nötigen Standortsuche im Landgerichtsbezirk. Vorher macht auch ein von den Grünen

²⁶ vgl. <http://www.wdr.de/studio/wuppertal/nachrichten/index.html#r5>, 10.11.2012

²⁷ Quelle: Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung 2012 - 2017, S.61

²⁸ GRÜNE: Forensik-Planung erfordert ...

vorgeschlagener Erfahrungsaustausch mit bereits bestehenden Planungsbeiräten keinerlei Sinn.

8. Zwangsweise durchgesetztes Sonderbaurecht muss ausgeschlossen werden!

Es ist erschütternd, dass eine Fraktion der Partei Bündnis 90 / Die Grünen, die mit Bürgernähe, Mitbestimmung, Transparenz, Offenheit, Basisdemokratie und anderen Floskeln wirbt, für eine Forensik in Wuppertal sogar ein Sonderbaurecht – also die Zwangsvollstreckung gegen den Willen der Stadt Wuppertal – akzeptiert. Was würden dieselben Grünen in Gorleben dazu sagen? „Das muss ja irgendwo hin, bitte geht in den Planungsbeirat.“?

Die Formulierung „Sonderbaurecht sollte erst dann durchgesetzt werden, wenn andere Möglichkeiten nicht weitergeführt haben.“²⁹ geht nicht weit genug, sie stimmt am Ende Zwangsmaßnahmen zu³⁰.

Wir fordern von den Wuppertaler Grünen, sich klar und öffentlich dagegen auszusprechen, dass in Wuppertal gegen den Willen der Stadt durch das Sonderbaurecht nach §37 Landesbauordnung eine Forensik auf dem Gelände an der Müngstener Straße errichtet wird! Wir fordern die Grünen auf, sich ebenso gegen die Enteignung von Flächen an anderer Stelle in Wuppertal oder von Werten (z.B. Wertverlust, Unverkäuflichkeit angrenzender Immobilien) einzusetzen, wie sie das z.B. in Gorleben auch tun.

9. Wirtschaftsfaktor Forensik?

„Nicht zu vernachlässigen ist dabei aber auch, dass die forensische Einrichtung selbst ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sein wird – und das schon während der Bauphase.“³¹

Nach unserer Information sind durch die Forensik insgesamt etwa 200 Stellen zu erwarten, davon rund 50 nur in Teilzeit. Wie viele dieser Stellen fallen aber anderswo in Deutschland weg? Oder werden die Straftäter die nach Wuppertal kommen, im Moment nicht betreut? Wo werden denn die Ärzte und Fachkräfte wohnen? In Wuppertal? Nein. Die Damen und Herren wohnen dann in Düsseldorf und Erkrath und fahren durch den Burgholtztunnel zum Lichtscheid.

Und die Bauphase? Wer ist naiv genug, zu glauben, dass hier ein Wuppertaler Unternehmen zum Zuge kommt? Die europaweite Ausschreibung und der Zwang zur Wirtschaftlichkeit wird konkurrenzlose Billig-Unternehmen weit aus dem Osten der Republik oder sogar Europas für kurze Zeit nach Wuppertal führen.

Hat irgendjemand ausgerechnet, wie viele Arbeitsplätze in Wuppertal wegfallen, durch die zerstörte Attraktivität der stadtnahen Wohnquartiere durch Ansiedlung einer Forensik in einem ehemals sehr attraktiven und aufstrebenden Wohngebiet mitten in der Stadt und die Verdrängung von Familien ins Umland? Durch Auswirkungen auf den geplanten Discounter und die Wirtschaftsunternehmen vor Ort?

Wenn es ein wirtschaftliches Argument gibt, dann das, dass Wuppertal wirtschaftlich sowieso sehr schlecht dasteht und einen weiteren Attraktivitätsverlust nicht verkraften kann. Dann das, dass in Wuppertal – gegen den Landestrend – die Mieten jetzt schon sinken, weil die Stadt nicht attraktiv ist. Dann das, dass die Bevölkerung in Wuppertal bereits jetzt durch Wegzug sinkt.

Alles das sieht Herr Vorsteher nicht. Wir werden es ihm und den Grünen sagen müssen.

10. „Jetzt ist nicht die Zeit für populistische Schnellschüsse oder parteipolitische Spielchen.“³²

Da hat Herr Vorsteher völlig recht. Leider werden wir das Gefühl nicht los, dass es bei der Stellungnahme in Teilen genau darum geht. Es geht auch nicht um

29 a.a.O.

30 Hier geht es nicht um die Frage, dass das Land rechtlich durchaus ermächtigt ist, so zu handeln, sondern darum, dass die Grünen eine solche Handlungsweise bei diesem sensiblen Thema nicht ablehnen.

31 GRÜNE: Forensik-Planung erfordert ...

32 a.a.O.

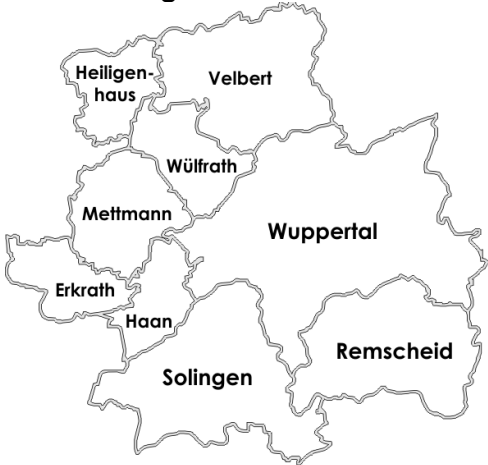
Schnellschüsse. In der WZ vom 10.11.2012 war erneut zu lesen, dass jetzt (!) alternative Standortvorschläge gemacht werden müssen, Herr Vorsteher!

11. Wir lassen uns die Fehlentscheidung der Ministerin Steffens nicht aufzwingen!

„In der Forensik geht es darum, die Bevölkerung vor psychisch kranken Straftätern zu schützen und um die Therapie kranker Menschen. Daher macht es keinen Sinn, hier die Auseinandersetzung mit der Landesregierung zu suchen, um die Ansiedlung in Wuppertal zu verhindern.“³³

Wo ist da der Zusammenhang zwischen dem ersten und zweiten Satz? Gerade weil es darum geht, die Bevölkerung vor psychisch kranken Straftätern zu schützen und die Therapie kranker Menschen Akzeptanz in der Bevölkerung braucht, müssen wir die Ansiedlung am völlig ungeeigneten Standort auf Lichtscheid verhindern und im Landgerichtsbezirk – nochmals: keineswegs unbedingt in Wuppertal – nach einem geeigneten Gelände suchen!

Wir fordern von den Grünen, sich dieser Auseinandersetzung auch mit ihrer Ministerin zu stellen, anstatt diese Fehlentscheidung einfach kommentarlos zu schlucken! Die Grünen müssen beim Thema Forensik jetzt endlich anfangen, entschieden die Interessen unserer Stadt zu vertreten!

<p>Die Grünen fordern die Stadt Wuppertal auf, folgende Punkte gegenüber der Landesregierung durchzusetzen³⁴:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wuppertal muss an den Planungen umfassend beteiligt werden 2. Frühzeitige Einrichtung des Planungsbeirats 3. Das Land muss Wuppertal und die Region unterstützen  <p>Landgerichtsbezirk Wuppertal</p>	<p>Wir meinen dazu:</p> <p>Nein! Später! Wuppertal muss bei der Standortauswahl beteiligt werden und die anderen Kommunen des LGB auch! Die Planung folgt erst später!</p> <p>Nein! Später! Keine Fakten schaffen, sondern zuerst einmal einen geeigneten Standort finden!</p> <p>Ja! Dazu gehört zunächst: * Ausschluss völlig ungeeigneter Standorte wie auf Lichtscheid (regionale Verteilungsgerechtigkeit, Mindestabstand zur Wohnbebauung) * Offenlegung des Kriterienkatalogs * Offenlegung der bisher untersuchten Standorte im Landgerichtsbezirk * Offenlegung der Ergebnisse des bisherigen Verfahrens * Einrichtung eines Runden Tisches mit allen Kommunen des LGB zur Suche eines geeigneten Standortes * Steigerung der Attraktivität unserer Stadt statt weiterer Abwärtsspirale</p>
--	--

33 a.a.O.

34 a.a.O.